

der Arbeiter und Angestellten zu erhöhen. Das Ergebnis besteht in einer landesweiten Ausweitung des Konsumfonds. Die auf falsche Weise gestiegenen Regierungseinnahmen tragen auch dazu bei, die Investitionen exzessiv auszuweiten. Wenn mehr und mehr Abschreibungsfonds in andere Verwendungen gehen, steigt die potentielle Gefahr. Der Ausgleich der Staatseinnahmen und Staatsausgaben wird zukünftig unmöglich sein, da der Staat zusätzliches Geld auszugeben hat, um die Anlagen der staatseigenen Unternehmen zu erneuern.

Die unzulängliche Beschickung der Abschreibungsfonds hat auch Probleme für die Unternehmen gebracht, weil deren Ausrüstungen veralten und die Ausstoßrate sinkt. Im Jahre 1987 war der Gewinn pro 100 Yuan Anlagevermögen in staatseigenen Betrieben 58% geringer als im Jahre 1966.

Aufgrund der Analyse der Wirtschaftszeitung besteht ein wichtiger Grund für die zunehmend ernste unzulängliche Beschickung der Abschreibungsfonds in den Fehler, der Werterhaltung und Kompensation ungenügende Aufmerksamkeit zu schenken. Ein Fehler sei ferner, nicht einzusehen, daß staatseigenes Anlagevermögen eine wichtige materielle Basis für die Schaffung von Wohlfahrt für den Staat darstellt. Ein weiterer Grund besteht darin, daß die Behörden bei Investitionen nur dem Bau neuer Einrichtungen Aufmerksamkeit schenken, während die bestehenden Installationen vernachlässigt werden. Ein weiterer Grund besteht darin, daß es keine effektive Politik gibt, den technologischen Fortschritt für die Unternehmen sicherzustellen, indem die Abschreibungsfonds richtig genutzt werden.

Die Wirtschaftszeitung machte Vorschläge, um die Situation zu verbessern. Ein Vorschlag besteht darin, die Abschreibungsrate des Anlagevermögens zu erhöhen, insbesondere bei großen und mittelgroßen Unternehmen, und zwar auf 8% oder mehr. In der Zwischenzeit solle die Praxis verändert werden, daß die Unternehmen Kredite nicht aus den Gewinnen vor Steuern zurückzahlen. Kredite sollten aus den Gewinnen nach Steuern getilgt werden. Der Vorschlag geht dahin, sicherzustellen, daß die Abschreibungsfonds tatsächlich benutzt werden, um die Anlagen der Unternehmen zu er-

neuern. Ein weiterer Vorschlag zielt darauf hin, die staatseigenen Anlagevermögen neu zu bewerten. International ist es üblich, daß die Regierungen eine Neueinschätzung der Anlagevermögen mittels gesetzlicher Auflagen durchführen. Seit 1951 hat eine Neueinschätzung in China nicht stattgefunden.

Ein weiterer Vorschlag geht dahin, den Umfang des Investbaus weiter zu kontrollieren, um mehr Geldmittel für die technologische Modernisierung von Unternehmen einzusparen. Ein bestimmter Prozentsatz der Investbaufonds sollte dafür bereitgestellt werden, den Wert der staatseigenen Anlagevermögen zu erhalten.

Ein letzter Vorschlag zielt darauf ab, den Buchwert der staatseigenen Anlagevermögen regelmäßig neu festzulegen, und zwar zu dem Zweck, Preiserhöhungen einbeziehen zu können. (China Daily, 22.1.90) -lou-

Taiwan

* (40)

Sieg der Regierungspartei in Kommunalwahlen

Am 20. Januar wurden alle Kreistage und Gemeindevorsteher neu gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug bei den Kreistagswahlen 72,1% (71,16% vor vier Jahren) und bei den Gemeindevorwahlen 72,78% (72,02%). Nach den von der Wahlkommission bekanntgegebenen offiziellen Ergebnissen hat die Regierungspartei Guomintang (Kuomintang, im folgenden GMD) bei den Kreistagswahlen insgesamt 61,9% der abgegebenen Stimmen erlangt, die größte Oppositionspartei Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD) 11,3% und die parteilosen Kandidaten 26,8%. Von den 842 zu wählenden Kreistagssitzen entfielen 588 (69,83%) auf die GMD, 49 (5,82%) auf die MJD und 205 (24,35%) auf die Parteilosen. Bei den Wahlen der insgesamt 309 Gemeindevorsteher erhielten die GMD 71,7% der Stimmen bzw. 263 (85,11%) der Ämter, die MJD 9,6% der Stimmen bzw. 6 (1,94%) der Ämter und die Parteilosen 18,7% der Stimmen bzw. 40

(12,9%) der Ämter. Damit hat die Regierungspartei im Vergleich zu vorher 110 Sitze und 29 Ämter verloren, die MJD hingegen 13 Sitze und 4 Ämter, die Parteilosen 105 Sitze und 25 Ämter hinzugewonnen. (LHB, 21.1.90)

Die GMD selbst berichtete, sie habe 650 oder 77,2% der Kreistagssitze und 283 oder 91,59% der Gemeindevorsteherämter gewonnen. Dabei sind allerdings 113 Gemeindevorsteher bzw. 312 Kreistagsabgeordnete durch Nominierung der Partei, 111 bzw. 272 mit Zustimmung der Partei und 59 bzw. 52 unabhängig von der Partei gewählt worden. Außerdem sind 14 erst nach den Wahlen in die Partei eingetreten. Dem GMD-Bericht zufolge sollen 20 (6,7%) statt 40 (12,95%) der gewählten Gemeindevorsteher zu den Parteilosen zählen und von den gewählten Kreistagsabgeordneten sollen 47 (5,58%) statt 49 (5,8%) der MJD, 142 (16,86%) statt 205 (24,35%) den Parteilosen sowie 3 (0,36%) den anderen kleinen Parteien angehören. (ZYRB, 22.1.90)

Gegenüber den Wahlen vor vier Jahren (vgl. C.a. Feb. 1986, Ü 41, S.76 f) ist der Anteil der GMD an den gewählten Gemeindevorstehern um 9,06% und der an den Kreistagssitzen um 9,62% gefallen; nach eigenen Angaben betragen die Einbußen nur 3,5% bzw. 3,9%. Trotzdem wurden die Ergebnisse allgemein als Erfolg für die Regierungspartei bewertet, denn bei den Wahlen der zusätzlichen Mitglieder des Gesetzgebungs Yuan, der Abgeordneten auf Provinzebene und der Verwaltungsleiter auf Kreisebene im Dezember vergangenen Jahres hatte sie noch größere Rückschläge hinnehmen müssen (vgl. dazu: Yu-Hsi Nieh, "Zu den jüngsten Wahlen in Taiwan", in: C.a. Dez. 1989, S. 934 ff).

Bis auf den Kreis Gaoxiong (Kao-hsiung) hat die GMD in allen Kreistagen die absolute Mehrheit halten können - auch im Kreistag von Gaoxiong bleibt sie die größte Partei. Unerwartet war der magere Erfolg der MJD. Auch in den sechs Kreisen, wo sie in den Dezember-Wahlen die höchsten Verwaltungämter errungen hatte, blieb eine Wiederholung des beachtlichen Sieges der MJD aus. Nur die Parteilosen konnten einen überzeugenden Sieg verbuchen.

Bei den Kommunalwahlen in Taiwan spielt die große Parteipolitik kaum eine Rolle. Entscheidende Faktoren sind die Finanzkraft und gesellschaftliche Beziehungen der einzelnen Kandidaten. Da die Wahlbezirke relativ klein sind, ist hier Bestechung effektiver einzusetzen. So läßt sich erklären, warum viele parteiunabhängige Kandidaten bei den letzten Wahlen so gut abschneiden konnten. Auch die meisten GMD-Kandidaten sind lokal einflußreiche Persönlichkeiten. Die MJD dagegen, die erst vor vier Jahren gegründet wurde und bislang nur 20.000 Mitglieder zählt, ist nicht nur finanziell recht schwach, sondern verfügt auch nicht über genug Kommunalpolitiker.

-ni-

*(41)

Wirtschaftsperspektiven 1990

Nach einer Prognose von zwei Experten, He Jinxun und Zhuang Qingfang, in der offiziellen Publikation des Amtes für Budget und Statistiken des Exekutiv Yuan (Regierung) *Quarterly National Economic Trends, Taiwan Area, the Republic of China* vom Nov. 1989 (S. 56 ff) wird 1990 ein Wirtschaftswachstum gemessen am Bruttosozialprodukt (BSP) von 7,21% erwartet, das Pro-Kopf-BSP würde dann 220.942 NT\$ (umgerechnet 8.498 US\$) betragen. Die Voraussage geht davon aus, daß die Inlandsnachfrage eine reale Zuwachsrate von 11,12% verzeichnen wird. Beim Privatverbrauch wird eine Zunahme von 8,5% und beim Staatsverbrauch von 16,55% erwartet. Die Bruttoanlageinvestitionen sollen sich um 11,78% erhöhen, davon um 7,15% bei den privatwirtschaftlichen Investitionen und 14,03% bei Investitionen staatlicher Unternehmen sowie um 23,61% bei Regierungsinvestitionen. Die Inflationsrate wird für das gesamte Jahr auf 3,8% geschätzt.

Im Außenhandel soll der Prognose zufolge die Auslandsnachfrage real um 21,28% sinken. Der Export von Waren und Dienstleistungen wird um 2,65% auf 2.041 Mrd.US\$ und der Import um 7,43% auf 1.753,6 Mrd.NT\$ steigen, woraus sich ein Handelsüberschuß von 287,4 Mrd.NT\$ (umgerechnet 11,1 Mrd.US\$) ergibt. -ni-

*(42)

Keine französischen Kriegsschiffe für Taiwan

Noch am 3.Januar hatte die französische Regierung die Herstellung von 6 Fregatten der Klasse Lafayette FL 3000 (1.200 t) im Wert von rd. 1,3 Mrd.US\$ für Taiwan durch die Firma D.C.N. bestätigt, eine Woche später, am 10.Januar, erklärte sie das Geschäft für null und nichtig. (LHB, 4.-5., 10.-11. u. 14.-16.1.90; FCJ, 8. u. 18.1.90; FT, 5. u. 11.1.90) Die plötzliche Kehrtwendung in Paris erfolgte auf scharfe Proteste seitens Beijings, das den Franzosen vorwarf, sich durch die Waffenlieferungen in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen, da Taiwan eine Provinz der VR China darstelle. (XNA, 29.12.89, 11.-12. u. 19.1.90) Zwischen Frankreich und Taiwan bestehen seit 1964 keine diplomatischen Beziehungen mehr.

Die taiwanesischen Wochenzeitschrift *Xinxinwen* berichtete (29.1.-11.2.90, S.21), die französische Regierung habe dem Waffengeschäft bereits Ende 1989 prinzipiell zugestimmt, sich vor einer schnellen Entscheidung aber gescheut, weil sie bei den internationalen Verhandlungen über die Kambodscha-Frage die Unterstützung Beijings brauche. Als nun Taiwan drängte, bis Ende Februar eine konkrete Antwort vorzulegen, sahen sich die Franzosen gezwungen, auf das Geschäft zu verzichten.

Vor der Kontaktaufnahme mit den Franzosen hatte Taiwan jahrelang Verhandlungen mit Seoul über die Lieferung südkoreanischer Fregatten der Ulsan-Klasse geführt. Mit dem Wechsel von Ulsan zu Lafayette zielte Taiwan darauf ab, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, d.h. neben Kriegsschiffen auch einen außenpolitischen Sieg zu erringen. 1981 hatte Beijing wegen der Lieferung von zwei niederländischen U-Booten an Taiwan seinen Botschafter in Amsterdam abgezogen. Erst 1984, nachdem Amsterdam weitere niederländische Waffenlieferungen an Taiwan verboten hatte, wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern auf Botschafterebene wieder angehoben. (S. dazu C.a., März 1981, Ü 3, S.157, Ü 55, S.173, Feb 1984, Ü 1, S.59.)

Bei Waffenlieferungen ist Taiwan hauptsächlich auf die USA angewiesen. Aber in der sino-amerikanischen Vereinbarung vom 17. August 1982 hat sich Washington verpflichtet, seinen Waffenverkauf an Taiwan schrittweise zu reduzieren (vgl. dazu Yu-Hsi Nieh, "Neue Vereinbarungen über die Taiwanfrage zwischen Beijing und Washington", in: C.a., Sept. 1982, S.558 ff).

Nach der Absage aus Paris veranstaltete Taiwan am 10.Januar demonstrativ die Einweihung eines Projekts für den Bau von Kriegsschiffen der zweiten Generation auf der eigenen Werft China Shipbuilding Corp. in Kaohsiung (Gaoxiong). Es ist geplant, in zehn Jahren insgesamt acht Fregatten der Perry-Klasse (453 ft) im Gesamtwert von 5,3 Mrd.US\$ zu bauen. Die US-Firma Bath Iron Works soll dafür die nötige Technologie liefern. (ZYRB, 12.1.90; FCJ, 15.1.90) -ni-

Hongkong und Macau

*(43)

Gouverneur Wilsons Besuch in Beijing und Außenminister Hurds Aufenthalt in Hongkong

Der Gouverneur von Hongkong, Sir David Wilson, stattete vom 10. bis 12.Jan. einen dreitägigen Besuch in Beijing ab. Er hielt dort Gespräche mit den für die Hongkong-Frage zuständigen Politikern. In letzter Zeit war es zwischen den Briten und Chinesen zu neuer heftiger Polemik über Hongkong gekommen. (S. dazu Yu-Hsi Nieh, "Die Wiederbelebung der sino-britischen Kontroverse über Hongkong", in: C.a., Dez. 1989, S. 931 ff.) Bei einem Treffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng am 12.Jan. plauderten beide zunächst über das Wetter. Anschließend sagte Wilson: "Ich glaube, das politische Klima ist seit einiger Zeit etwas unerträglicher geworden als das echte Klima. Deshalb bin ich diesmal nach Beijing gekommen, um den Ministerpräsidenten zu besuchen und das politische Klima zu erörtern." Daraufhin sagte Li Peng: "Vielleicht fühlen Sie so; aber ich finde es ganz gut." (DGB, 14.1.90)